DIE LINKE. Sachsen
Landesvorstand

B 7 – 069

Christopher Street Day 2020

Beschluss des Landesvorstands vom 03. April 2020

Beschluss:

1. Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen beschließt die Forderungen zur Stärkung und Gewährleistung der Rechte von LSBTIQ*, Akzeptanz von sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität und den entschlossenen Kampf für ein selbstbestimmtes und gewaltfreies Leben für alle Menschen und eine gewaltfreie Gesellschaft).

2. Der Landesvorstand unterstützt und beteiligt sich aktiv an Veranstaltungen des IDAHIT* (oft: Rainbowflash) und den CSD Veranstaltungen in Sachsen soweit diese stattfinden. Sollten die Kundgebungen und Demonstrationen in diesem Jahr nicht durchgeführt werden können, unterstützt der Landesverband die LAG Queer dabei, auf anderen Wegen auf die Belange von LSBTIQ* aufmerksam zu machen und unsere Queerpolitischen Forderungen in die Öffentlichkeit zu bringen, zum Beispiel durch Online-Formate und verstärkte Öffentlichkeitsarbeit.

3. Der Landesvorstand beschließt eine finanzielle Unterstützung der diesjährigen CSD und IDAHIT* Veranstaltungen in Höhe von 2000 Euro.

Begründung:

Wir sind uns der Bedrohung, durch die nach wie vor anhaltenden Covid19-Pandemie und damit verbundenen gesellschaftspolitischen Verwerfungen, Krisensituation sowie ungewissen Zukunftsfragen nachhaltig bewusst. Neben der Priorität eines gemeinsamen solidarischen Handelns in der Krise, Unterstützung und Solidarität mit allen Betroffenen sowie der kritischen Begleitung der aktuellen Prozesse, möchten wir unsere politische Aufgabe als LINKE, als wichtige Interessensvertreter*in in Fragen der sozialen Gerechtigkeit darüber hinaus auch weiterhin wahrnehmen.
Dazu gehört der Einsatz für Freiheitsrechte, eine gewaltfreie Gesellschaft und ein diskriminierungsfreies Miteinander. Aus diesem Grund werden wir uns selbstverständlich und im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten sowie den sich nach dem Fortgang der Corona-Krise richtenden Umständen, am CSD 2020 beteiligen. Dieser wird den Umständen geschuldet, gleichfalls in veränderten Rahmenbedingungen stattfinden können/müssen. Erste Gespräche mit den Organisator*innen gibt es bereits.

Aus diesem Grund wollen/müssen wir gleichfalls bisher geplante Veranstaltungsformen anpassen und ggf. nach digitalen Formen der Themensetzung suchen. Dabei sind wir zum einen sorgsam darauf bedacht die Schutzmaßnahmen mit Blick auf größere Gruppen einzuhalten und zu gewährleisten. Andererseits möchten wir eine politische Auseinandersetzung mit dem CSD sowie die Sichtbarkeit linker Forderungen sicherstellen. Im Moment erarbeiten die Antragsteller*innen dazu mögliche Alternativkonzepte. Zumindest solange ungewiss bleibt, wie sich die CSD Veranstaltungen im Einzelnen gestalten.

Damit wir, den krisenhaften Umständen geschuldet, möglichst spontan reagieren können, müssen wir die finanzielle Ausgestaltung der Aktionswochen sicherstellen. Damit gezahlt werden sollen Honorare für z.B. Online-Podien, Expert*innentalks in Livestreams genauso wie die (kurzfristige) Produktion von

Materialien, sollte eine größere Verteilaktion/Paraden o.ä. in den kommenden Sommermonaten und CSD-Aktionswochen (doch) möglich sein. Die CSDs gehören in Sachsen zu den publikumswirksamsten und für uns als LINKE, wichtigsten gesellschaftspolitischen Veranstaltungen. Wir sollten uns zwingend daran beteiligen. Auch unserem Grundverständnis folgend.

Zudem können wir mit Blick auf innerparteiliche Zukunftsfragen neue, digitale Veranstaltungsformate anstoßen, umsetzen und ausprobieren, als zumindest eine positive Chance im Umgang mit der Pandemie.

Hauptanliegen bei den landesweiten Veranstaltungen zum CSD ist es, zusammen mit vielen Partner*innen, unsere Forderungen und Botschaften gegen Hass und Ausgrenzung nach außen zu tragen. Wir wollen sichtbar zu machen, dass Gewalt, Ausgrenzung und Vorurteile gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Intergeschlechtlichen, Queers und Trans* keinen Platz in einer demokratischen, gewaltfreien und diversen Gesellschaft haben. Eine Gesellschaft für die wir als LINKE Sachsen kämpfen. Für die verfassungsrechtliche Gleichstellung Aller, eine gewaltfreie Gesellschaft, Akzeptanz, Vielfalt und Respekt.

Die aktuelle Corona Krise bedroht nicht nur zahlreiche queere Strukturen, sondern wirkt sich auch auf queere Personen aus. So fallen zum Beispiel zahlreiche Beratungsstrukturen weg. Vor allem für junge LSBTIQ* kann die Aufforderung danach, zuhause zu bleiben und Kontakt zu vermeiden sehr belastend sein, wenn sie in der Familie noch ungeoutet sind oder ihre sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität nicht anerkannt werden. Die Treffen mit unterstützenden Freund*innen oder Peer Groups fallen aus. Ältere LSBTIQ* haben oftmals wenige oder keine jüngeren familiären Angehörigen, die für sie wichtige Einkäufe übernehmen können oder sie anderweitig versorgen können und sind somit noch dringender auf die Unterstützung der Community oder aus der Nachbarschaft angewiesen.
Durch das Aussetzen nicht lebenswichtiger Operationen, erleben viele Trans* Personen, dass geschlechtsangleichende Operationen abgesagt werden auf die sie meist mehrere Monate oder Jahre gewartet haben, denen ein demütigender und fremdbestimmter Prozess von Zwangsberatungen, Gutachten und Attesten vorausgegangen ist. Ebenso werden Verfahren zu Personenstands- und Vornamensänderungen ausgesetzt oder massiv in die Länge gezogen. Psychosoziale und medizinische Versorgung speziell von trans* aber auch LSBTIQ* Personen ist durch die Corona Krise stark beeinträchtigt.

Auch in schwierigen Zeiten wie diesen ist es nicht nur wichtig, auf die besonderen Belange von LSBTIQ* Personen hinzuweisen, sondern auch weiterhin für Sichtbarkeit, Toleranz und eine gewaltfreie und selbstbestimmte Gesellschaft zu streiten.

Deshalb fordern wir:

- Die längst überfällige verfassungsrechtliche Gleichstellung aller Lebensweisen
- Die Verbesserung von Bildung und Aufklärung und vor allem auch Schulaufklärungsprojekte
- Den Ausbau und ausreichende Förderung der queeren Strukturen und ein flächendeckendes Beratungsangebot in Sachsen
- Die Reform des Transsexuellengesetzes
- Das Verbot geschlechtszuweisender, -angleichender und -vereindeutigender Operationen bei intergeschlechtlichen Minderjährigen
- Die Sensibilisierung der Polizei für homo-, trans*- und interfeindliche Übergriffe durch verbindliche Schulungen

- Familien dort zu fördern, wo sie stattfinden, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen
- Die konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung des Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen

In Zeiten von Corona ist es erforderlich, dass

- Bereits zugesagte Fördermittel der öffentlichen Hand für queere Strukturen unverzüglich ausgezahlt werden. Auch für Projekte, die so nicht durchgeführt werden können. Auf gesonderte Verwendungsnachweise ist für 2020 zu versuchten. Der Eigenanteil muss ebenfalls von der fördernden Stelle bereitgestellt werden
- Queere Strukturen vor dem Wegfall geschützt werden
- Beratungsangebote in den Vereinen und Projekten aufrechterhalten werden und sie darin unterstützt werden
- Amtliche Verfahren so schnell wie möglich fortgeführt werden
- die medizinische und psychosoziale Versorgung von LSBTIQ* gewährleistet wird

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit: Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

Die Vorlage wurde abgestimmt mit: -

Finanzen: 2.000 Euro

Weitere Maßnahmen: -

Den Beschluss sollen erhalten: Landesvorstandsmitglieder/ Landesratsmitglieder/ Kreisvorsitzende/ Kreisgeschäftsführer*innen/ Ortsvorsitzende/ sächsische Mitglieder im Bundesausschuss/ Pressesprecher und Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag/ Landesparteitagsdelegierte/ sächsische Bundesparteitagsdelegierte/ Sprecher*innen der Landesweiten Zusammenschlüsse/ Abgeordnete im Europaparlament, Bundestag und Landtag/ sächsische Parteivorstandsmitglieder/ Regionalmitarbeiter*innen der Landtags- und Bundestagsfraktion/ Mitarbeiter*innen Landesgeschäftsstelle/ Jugendkoordinator*in/ Landesinklusionsbeauftragte*r

Abstimmungsergebnis:

Dafür: einstimmig Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

F.d.R.

Dresden, 03. April 2020

Janina Pfau

Janina Pfau
Landesgeschäftsführerin